

PRESSEMITTEILUNG

+++ Sperrfrist 12.12.19 – 06.00 Uhr +++

Studie:

Eurozone würde von öffentlichen Investitionen profitieren

Wären in den vergangenen Jahren mehr öffentliche Investitionen getätigt worden, so hätte dies für die Länder der Eurozone erhebliche positive Wachstums- und Wohlstandsgewinne mit sich gebracht. Das zeigt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Mehr als zehn Jahre nach Ausbruch der letzten Finanzkrise fehlen in Europa noch immer wirtschafts- und finanzpolitische Instrumente, um die Eurozone im Fall einer Krise effektiv zu stabilisieren. Anstatt Ungleichheiten abzubauen, setzt man weiter auf Sparpolitik und Konkurrenz zwischen den Mitgliedstaaten.

Ein Fehler, wie die Ergebnisse der Studie zeigen. Die Autor_innen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) haben gleich mehrere Szenarien durchgerechnet. Maßnahmen einer kombinierten Investitions- und Lohnpolitik führen demnach zu größerer makroökonomischer Stabilität und zu mehr Wachstum und Wohlstand im gesamten Euroraum. Davon würden insbesondere die vier großen Volkswirtschaften der Eurozone Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien profitieren.

Zentrale Ergebnisse:

- Besonders eine **Erhöhung der öffentlichen Investitionen (Goldene Regel)** hätte in den zurückliegenden Jahren erhebliche positive Wachstums- und Wohlstandsgewinne mit sich gebracht (z.B. für Deutschland ab 2014 ein um rund 1,3 Prozent höheres jährliches BIP).
- Eine koordinierte **europäische Lohnpolitik**, die sich am Produktivitätsfortschritt und der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank orientiert, hätte die wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls stabilisiert und das BIP in der Eurozone tendenziell weiter erhöht.
- Die **Übertragung des deutschen Modells einer restriktiven Lohnpolitik auf andere europäische Länder** würde dagegen nicht zu mehr Wachstum und Wohlstand in Europa führen.
- Eine **europäische Arbeitslosenrückversicherung** hätte in den schweren Rezessionsphasen erhebliche stabilisierende Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gehabt.
- Die Einführung eines **europäischen Mindeststeuersatzes für Unternehmererträge** hätte selbst in den Ländern mit den niedrigsten Steuersätzen der EU keine negativen Auswirkungen auf das BIP.

Methode:

Die Analyse basiert auf dem makroökonomischen Mehrländermodell „National Institute

Berlin, 11.12.19

Global Econometric Model (NiGEM). In der vorliegenden Studie wird das NiGEM-Modell zunächst an aktualisierte empirische Schätzungen angepasst. Anschließend werden kontrafaktische Simulationen mit unterschiedlichen exogenen und endogenen Variablen für die einzelnen Länder durchgeführt. Mehr zur Methode finden Sie in der Publikation.

[Die vollständige Studie finden Sie vorab hier.](#)

Die Website der Studie können Sie gerne verlinken (Online ab 12.12.19 – 06.00 Uhr):

<https://www.fes.de/studie-szenarien-fuer-mehr-wohlstand-in-europa>

Gerne beantworten wir Ihnen weitere Fragen und stellen einen Kontakt zu den Autor_innen her.

Kontakt:

Johannes Damian

Kommunikation und Grundsatzfragen

t. +49 (0)30 26 935 7047

m. johannes.damian@fes.de